

APA0337 2008-09-10/13:16

101316 Sep 08

APA0277 5 KI 0330 WI Di, 16.Sep 2008

Architektur/Kulturpolitik/Österreich/Wien

Architektenkammerpräsidenten fordern bessere Vergabebedingungen

Utl.: Bekenntnis zur Baukultur und Sicherung qualitätsvoller

Wettbewerbe als Hauptanliegen an die Politik - Neuer Beirat für

Baukultur darf "nicht nur Alibifunktion" haben =

Wien (APA) - Ein Bekenntnis zur Baukultur, eine Verbesserung der Vergabekriterien für Planer- und Konsumentenleistungen sowie eine Stärkung der Rahmenbedingungen der Planer im gesamten Bauprozess fordern die Kammern der Architekten und Ingenieurkonsulenten von der Politik. Die bevorstehende Nationalratswahl nahmen heute, Dienstag, Andreas Gobiet, der Präsident der Länderkammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland und Georg Pendl, der Präsident der Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten zum Anlass einer gemeinsamen Pressekonferenz, um einen Überblick über aktuelle Anliegen und Probleme zu geben.

Die Kammern fordern u.a. die gesetzliche Festschreibung der Qualität als wesentliches Vergabekriterium für Architektur- und Konsumentenleistungen. "Die Stärkung der Rahmenbedingungen ist für unseren Berufsstand wesentlich", sagte Gobiet, "Die beste Lösung geht nur über einen qualitätsvollen Wettbewerb." Die seitens der Stadt Wien erfolgte Direktvergabe einer Fußgängerbrücke an den spanischen Architekten Santiago Calatrava nannte Pendl auf Journalisten-Nachfrage "absurd" sowie "eine Rechtsbeugung".

Konkret wünscht man sich etwa eine Steuerfreiheit für Aufwandsentschädigungen und Preisgeldern bei öffentlichen Wettbewerben. "Was uns massiv stört, ist die eingeführte Möglichkeit der Aufhebung der Anonymität in der zweiten Phase eines Wettbewerbs", sagte Pendl, "Diesen Passus des Vergabegesetzes wollen wir weghaben." Einführen möchte man dagegen für Architekten die Ausdehnung des Durchrechnungszeitraumes für die Berechnung der Einkommenssteuer auf drei Jahre.

Der im Vorjahr erstmals vorgelegte, aber nicht gedruckt veröffentlichte Baukulturreport solle "zumindest in einer kurzen Zusammenfassung" gedruckt und die Diskussion in die Länder und Gemeinden getragen werden. Die bevorstehende Einrichtung des im Baukulturreport geforderten Beirats für Baukultur beim Bundeskanzleramt sieht man sehr positiv, wenngleich seine Größe "ihn wahrscheinlich auch behäbig macht", so Pendl: "Wesentlich wäre, dass er nicht nur Alibifunktion hat, sondern er auch wirklich lebt. Unsere Forderung an die nächste Regierung ist, dass das weitergeführt wird."

Das hohe Ausbildungsniveau in Österreich müsse gehalten werden, spezielle Fachhochschulen brauche man jedoch nicht, hieß es seitens der beiden Kammerpräsidenten.